

VERTRAULICH

P r o t o k o l l
 der Gespräche zwischen Bundesrat P. Graber und
 Herrn Väinö Leskinen, Aussenminister von Finnland,
 17.-18. Mai 1971
 Helsinki, Aussenministerium

1. Schweizerische Delegation

Herr Bundesrat P. Graber

Herr Botschafter E. Thalman, Generalsekretär des Eidg. Politischen Departements

Herr Botschafter R. Bindschedler, Rechtsberater des Eidg. Politischen Departements

Herr P. Wurth, Schweizerischer Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften

Herr J.J. de Tribolet, Schweizerischer Botschafter in Finnland

Herr Minister A.L. Natural, Chef des Politischen Dokumentationsdienstes, EPD

Herr K. Fritschi, Politischer Dienst Ost, EPD

Herr P.Y. Simonin, Sekretär des Vorstehers des Eidg. Politischen Departements

2. Finnische Delegation

Herr V. Leskinen, Aussenminister

Herr Staatssekretär R. Tötterman, Generalsekretär des Aussenministeriums

Herr Minister R. Hyvärinen, Direktor der Politischen Angelegenheiten

Herr Botschafter M. Salomies, Finnischer Botschafter in Bern

Herr H. Kalha, Stellvertretender Abteilungsleiter im Aussenministerium

Herr V. Hietanen, Bürochef im Aussenministerium

Herr E. Mäentakanen, Bürochef im Aussenministerium

Herr H. Talvitie, Bürosekretär im Aussenministerium

Herr K. Jantunen, Attaché im Aussenministerium

./.

- 2 -

3. Tagesordnung *

- 3.1. Allgemeiner Tour d'horizon
- 3.2. Sicherheitskonferenz
- 3.3. Deutschlandproblem
- 3.4. Europäische Integration
- 3.5. UNO
- 3.6. Technische Hilfe
- 3.7. Bilaterale Fragen

4. Protokoll

Sitzung vom 17. Mai: Herr P.Y. Simonin, Sekretär des Vorstehers des Eidg. Politischen Departements

Sitzung vom 18. Mai: Herr K. Fritschi, Politischer Dienst Ost, EPD

1. Sitzung vom 17. Mai 1971 (Beginn 14.00 Uhr)

Herr Leskinen: Wir haben versucht, aus dem 24. Kongress der KPdSU einige Schlussfolgerungen zu ziehen: die Troika im Kreml sitzt fest im Sattel. Die Tendenz zu einer weiteren Entspannung dauert an. Uns scheint, dass die Sowjets den Dialog mit dem Westen weiterführen wollen (SALT, Abrüstungskonferenz in Genf). Breschnews Vorschlag betreffend einer weiteren Abrüstung ist von Rogers als ein gutes Zeichen bewertet worden. Naher Osten: Die letzten Wandlungen in Aegypten dürften vielleicht bedeuten, dass man sich einer Lösung des Konflikts nähert. Seitens des Weissen Hauses scheint man auch in Richtung einer Entspannung zu arbeiten. Rotchina: Der kürzlich von Washington eingeschlagene Weg gegenüber Peking ist interessant und gibt zu Hoffnungen Anlass. China seinerseits ist ebenfalls daran interessiert, sich einen Platz in der Völkergemeinschaft zu sichern. Vielleicht wird es ihm gelingen, schon im nächsten Herbst als Mitglied der UNO aufgenommen zu werden.

* wurde formell nicht eingehalten

./.

- 3 -

Dieser Trend in Richtung einer Entspannung - falls er sich weiterentwickelt - dürfte sich zweifelsohne nur positiv auf die Sicherheitskonferenz auswirken. Wir haben bezüglich der Konferenz seit einem halben Jahr praktisch nichts unternommen. Unsere Auffassung war von jeher dieselbe: eine vorbereitende Konferenz hat nur dann einen Sinn, wenn sich alle 35 Staaten daran beteiligen würden. Vor kurzem haben die sechs EWG-Staaten einen Arbeitsausschuss über die Sicherheitskonferenz geschaffen; wir erachten diese Initiative als sehr positiv. Wie wir vernommen haben, sollen demnächst in Lissabon Norwegen und Dänemark ihren NATO-Partnern die Schaffung einer ähnlichen Kommission im Schosse des Atlantik-Paktes vorschlagen. Sowjetischerseits ist die Einberufung einer Sonderkonferenz über Umweltschutz in Aussicht gestellt worden; diese Idee wird gegenwärtig von uns geprüft. Was die Besprechungen zwischen den vier Mächten über Berlin anbelangt, ist unser Urteil nicht negativ, doch scheint uns, dass sie nur sehr langsam vorwärtsschreiten. Vor wenigen Tagen hat Gromyko Schumann vorgeschlagen, die Berlin-Frage auf Aussenministerebene zu besprechen. Letztes Jahr glaubten wir noch mit den Verhandlungen auf multilateraler Ebene hier in Helsinki beginnen zu können. Diese Hoffnung haben wir heute praktisch verloren. Solange in den hängigen Problemen (Berlin, Indochina, Naher Osten) keine Fortschritte zu verzeichnen sind, kann die Konferenz nicht zustandekommen. Deutschlandproblem: Wir verfolgen die Entwicklung der Dinge mit besonderem Interesse. Brandt hat grosse innenpolitische Schwierigkeiten. Ulbrichts Einfluss auf Moskau war beträchtlich; wie wird sich Honecker bewähren? Die Haltung Finnlands ist die folgende: a) keine diplomatischen Beziehungen mit den geteilten Staaten; b) Handelsvertretungen sowohl der BRD wie der DDR in Helsinki; c) bevor wir weitere Schritte unternehmen, muss sich die gegenwärtige Lage geändert haben. In einem an Ulbricht gerichteten Schreiben hat Präsident Kekkonen erklärt, dass die Ratifikationen der beiden Verträge (Bonn-Moskau und Bonn-Warschau) die Situation in Europa derart ändern würde, dass wir sie im gegebenen Zeitpunkt einer Neuüberprüfung unterziehen müssten.

./.

Herr Graber: Das Problem, das wir vor allem prüfen müssen, ist dasjenige der europäischen Sicherheitskonferenz. Aber ich glaube nicht, dass wir es erörtern können, ohne vorher einen Ueberblick genommen und damit die Zusammenhänge gewürdigt zu haben, in die diese Konferenz zu stellen ist. Aber ein solcher "tour d'horizon" ist nur sinnvoll, wenn es uns vorher gelingt, die grossen Strömungen der zeitgenössischen Entwicklung zu bestimmen.

Darum werde ich meine Darstellung in vier Kapitel aufteilen. Das erste soll diesen grossen Strömungen gewidmet sein, so wie ich sie sehe.

Das zweite zielt darauf ab, ein Bild der gegenwärtigen Lage zu vermitteln.

Im dritten und vierten Kapitel werde ich mich der europäischen Sicherheitskonferenz und dem Deutschlandproblem zuwenden.*

I. Die grossen Strömungen der Entwicklung

1. In den entwickelten Ländern, und namentlich im Westen, sehen wir uns einer Zivilisationskrise gegenübergestellt. Sie ist der Tatsache zuzuschreiben, dass wir von einer Industriegesellschaft zu einer Gesellschaft übergehen, die von Wissenschaft und Technologie angetrieben wird. Die industrialisierten Länder weisen eine aussergewöhnliche Wachstumsrate auf und sind potentiell in der Lage, ihrer Bevölkerung alles zu geben, was sie benötigt, um im Ueberfluss und würdig zu leben. Während wir früher Mangel litten, werden wir heute von der Produktion nicht selten überschwemmt. Das will nicht heissen, dass wir den Schlüssel zu einer gerechten Verteilung gefunden hätten, aber wir wissen, dass dieser Schlüssel existiert und dass es möglich wäre, ihn zu entdecken, wenn wir dazu die nötigen Anstrengungen unternehmen würden.

Dies ist aber ein schwieriges Unternehmen, da der Fortschritt die traditionellen Massstäbe in Frage gestellt hat. Die Arbeitsteilung hat sich geändert. Die Handarbeit ist durch die Kopfarbeit

* S. 19 ff.

verdrängt worden. Man benötigt viel mehr Studenten, viel mehr Kader, viel mehr Büroangestellte, viel mehr Forscher, Techniker und hochqualifizierte Arbeiter. Demgegenüber beschäftigt die Landwirtschaft immer weniger Arbeitskräfte.

Unseren Möglichkeiten, von der Natur Besitz zu ergreifen, scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein. Die Amerikaner haben den Mond betreten; die Sowjets sind dabei, Raumstationen zu errichten; wir sind überzeugt davon, dass wir in 10 bis 20 Jahren ausserordentliche Fortschritte verwirklicht haben werden.

Soviel zum positiven Aspekt dieser wissenschaftlichen Zivilisation. Sie hat jedoch eine negative Seite, die ebenso beängstigend ist wie die positive anregend. Einerseits handelt es sich um die Verunreinigung, die Verschandelung der Umwelt, der Luft und des Wassers, das zu verschmutzen wir im Begriff sind. Andererseits handelt es sich um den Rüstungswettlauf, die Megatonnen, die sich an Megatonnen reihen, und um die Tatsache, dass im Falle eines Nuklearkrieges ein grosser Teil der Menschheit vernichtet würde.

Wir befinden uns also auf einer Art Vulkan. Der wissenschaftliche Fortschritt eröffnet uns wunderbare Perspektiven, aber gleichzeitig bedroht er uns mit dem Tode, sei es durch die schrecklichen Auswirkungen eines Nuklearkrieges, sei es durch diejenigen der Umweltverschmutzung, dank der Erschütterung des ökologischen Gleichgewichts. Man kann jedoch nicht danach trachten, den Fortschritt zu blockieren, denn angesichts der rasanten Bevölkerungszunahme benötigen wir den Fortschritt, um in der Lage zu sein, eine immer zahlreichere Menschheit zu ernähren.

Wir müssen daher ein Gleichgewicht zwischen diesen sich widersprechenden Bedürfnissen herstellen. Da alle diese Probleme neu und verwirrend sind, rufen sie bei vielen Menschen Angst und Bestürzung hervor - besonders bei der Jugend.

Das ist meiner Ansicht nach einer der hauptsächlichsten Gründe des Protestes, der im Mai 1968 in Frankreich zu einer explosiven Phase geführt hat, der aber ziemlich überall existiert,

- 6 -

namentlich in Amerika. Es ist wahrscheinlich, dass die Unruhe, welche die Jugend in den Vereinigten Staaten erfasst hat, in ähnlicher Weise auf Westeuropa übergreifen wird. Ich wäre gar nicht überrascht, wenn sie ein wenig später auch Osteuropa und die Sowjetunion erfassen würde, denn zwischen diesen verschiedenen Regionen gibt es keinen Unterschied hinsichtlich der Art der Zivilisation, wohl aber nach dem Entwicklungsgrad und nach den Ausdrucksformen.

Ich habe mich etwas lange bei einem bekannten Thema aufgehalten, über das man viel spricht. Aber ich glaube, es sei nötig hervorzuheben, dass unsere Zivilisation zerbrechlich und trotz der Verschiedenheit der Regierungsformen ähnlichen Krankheiten ausgesetzt ist, die sich jedoch mehr oder weniger rasch manifestieren können. Wir leben in den industrialisierten Ländern in einem trügerischen Gleichgewicht, das sich plötzlich und vielleicht ohne Vorwarnung ändern kann.

2. Nach Beschreibung dieser mir wichtig erscheinenden Strömung, deren Auswirkungen nur schwer vorauszusehen sind, wende ich mich jetzt einem ganz anders gearteten Faktor zu.

Es handelt sich um das Hinübergleiten des Schwerpunktes des Weltgeschehens von Europa nach Asien, vom Atlantischen über den Indischen zum Stillen Ozean.

Heute wird das Gleichgewicht in der Welt von drei Mächten bestimmt. Eine davon ist asiatisch, nämlich China. Wenigstens die Hälfte der Interessen der beiden andern, ich meine die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, befinden sich in Asien oder an den Ufern des Stillen Ozeans. Und in der Mitte dieses Dreiecks von Nuklearstaaten liegt Japan, wirtschaftlich die dritte Weltmacht. Dazu kommt die Tatsache, dass die meistbevölkerten, mit den schwerwiegendsten Problemen konfrontierten Entwicklungsländer, deren Schicksal die Supermächte nicht gleichgültig lassen kann, Indien, Pakistan und Indonesien sind. Unter diesen Umständen ist es normal

./.

- 7 -

- ich möchte sogar sagen, fast unabwendbar -, dass der Schwerpunkt im Netze der internationalen Beziehungen in Asien, an den Ufern des Stillen und des Indischen Ozeans liegt.

Unter diesen Verhältnissen ist es ziemlich wahrscheinlich, dass eine gewisse Annäherung zwischen China und den Vereinigten Staaten sich anbahnt. Zwischen diesen beiden Staaten gibt es nur ein schweres Konfliktmotiv: Taiwan. Es ist nicht auszuschliessen, dass dieses für eine gewisse Zeit ausgeklammert werden kann, während es zwischen China und der Sowjetunion mehrere Reibungspunkte gibt: der Kampf um den Einfluss auf Nordkorea und Nordvietnam; die Mongolei, die Peking sich hörig machen möchte; die Frage der ungleichen Verträge, d.h. der chinesisch-sowjetischen Grenze; das Problem des indischen Subkontinents. Ausserdem bedrohen die chinesischen Nuklearwaffen die Sowjetunion mehr als die Vereinigten Staaten. Dazu kommen die doktrinären Streitigkeiten, die Rivalitäten zwischen den pro-chinesischen und den pro-sowjetischen Revolutionsbewegungen. Es scheint daher, dass es für Peking vorteilhafter wäre, aus seiner Isolation hervorzutreten und ein Stück Weges mit Washington zu gehen.

Aber bis wo und wie lange? Diese Frage muss unbeantwortet bleiben, besonders wenn man einen anderen Faktor in Betracht zieht.

Ich meine Japan.

Man spricht unaufhörlich von den drei Supermächten. Aber in Asien, und hauptsächlich im pazifischen Raum, kann keine von ihnen ihr Machtstreben ohne mit Tokio zu rechnen befriedigen, und dies unter der Voraussetzung, dass Japan die Bewegungsfreiheit, die ihm der Besitz von nuklearen Waffen geben könnte, nicht wiedergewinnt.

Japan hat nur 100 Millionen Einwohner, ist wenig bewaffnet und sehr verwundbar. Aber es ist die dritte Wirtschaftsmacht der Welt und auf gutem Wege - heisst es - die zweite zu werden, wenn sich Europa nicht vereinigt. Es befindet sich am geometrischen Punkt der Asienpolitik der drei Supermächte; das bedeutet, dass die Ausstrahlung, welche die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion

./.

- 8 -

oder China im pazifischen Raum haben können, von der Zusammenarbeit oder der Rivalität seitens Tokios abhängt. Japan ist keine Drehscheibe, sondern Verbindungsstation oder treibende Kraft des Einflusses, den die drei Nuklearstaaten im Fernen Osten auszuüben in der Lage sind.

Der Weg nach Tokio hat daher eine grosse Wichtigkeit. Logischerweise sollte Japan von den drei Supermächten umworben werden.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Amerikaner im Vorteil. Wird diese Situation aber von Dauer sein, insbesondere wenn es den Sowjets gelingt, auf dem Seewege über Suez, den Indischen Ozean, Singapur und das Chinesische Meer Zugang zum Pazifischen Ozean zu erlangen und schliesslich nach Wladiwostok zu gelangen?

Chinesische Diplomaten haben verschiedentlich Diplomaten unseres Landes zu verstehen gegeben, dass ihrer Ansicht nach die Oeffnung dieses Seeweges nach Wladiwostok das Hauptziel der sowjetischen Politik sei. Ich würde es sehr schätzen, zu erfahren, ob Sie gleiches gehört haben und was Sie davon denken.

Soviel ist sicher, dass die Chinesen, falls sie wirklich denken, die Sowjetunion hege solche Absichten, und darüber beunruhigt sind, nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten versuchen könnten, deren Ausführungen zu verhindern. Es gilt dies umso mehr, als China und die Sowjetunion riskieren, ein neues Konfrontationsfeld zu finden, wenn die Unruhen, die in Pakistan wüten, sich zum Schlimmen wenden, wenn es zur Sezession Bengalens kommt, wenn ein Teil des ungeheuern indischen Subkontinents zu einem Spannungsherd wird. Diese Gefahr scheint mir, obwohl vielleicht nicht unmittelbar, so doch potentiell vorhanden. Die Supermächte müssten daher, jede für sich, ihre Kräfte und Mittel konzentrieren, um nötigenfalls, und wenn die Lage es erheischt, aktionsfähig zu sein. Sich die Handlungsfreiheit auf diesem Sektor zu sichern, sollte für sie ein Prioritätsziel sein.

Wenn dem so ist, könnte der Krieg in Indochina, der sich in einer Region abspielt, die zehnmal weniger bevölkert und stra-

./.

tegisch weniger wichtig ist als der indische Subkontinent, die Hauptrolle einbüßen. China könnte vielleicht das Interesse an seiner Fortdauer verlieren, denn dieser Krieg stellt es den Vereinigten Staaten gegenüber, während es offenbar mehr von seiten Moskaus als von seiten Washingtons zu fürchten hat. Die Neutralisierung Südostasiens könnte China zweckmässig erscheinen, wenn dadurch seine Sicherheit an der südlichen Grenze verstärkt würde und seine Hoffnung auf eine zukünftige Expansion nicht verloren ginge.

Ich weiss natürlich nicht, wie sich alles abspielen wird, aber soweit man die Imponderabilien abschätzen kann, scheint es, dass sie zugunsten des Friedens oder, genauer, zugunsten einer Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam spielen.

Wie verhält es sich nun mit dem Mittleren Osten?

Es ist klar, dass in dieser Weltgegend ein doppelter Konflikt besteht, ein lokaler Konflikt zwischen Arabern und Israelis und ein Einflusskampf zwischen Sowjets und Amerikanern, der durch einige, bis jetzt noch sekundäre, maoistische Eindringungsversuche kompliziert wird. Es erscheint zweifelhaft, dass sich der Zwist zwischen Israel und seinen Nachbarn nächstens abschwächen wird. Andererseits ist es offensichtlich, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, beide aus verschiedenen Gründen, die Wiedereröffnung des Suezkanals wünschen, aber auch befürchten, in eine mögliche Verschärfung des israelisch-arabischen Konfliktes verwickelt zu werden. Das Problem ist von einer aussergewöhnlichen Komplexität und würde ein Referat von mehreren Stunden erforderlich machen, selbst wenn man nur die gegebenen Tatsachen aufzählen wollte! Sie kennen diese übrigens ebenso gut wie ich. Ich kann mich daher darauf beschränken zu sagen, dass ich den Eindruck habe, eine Teillösung, welche die Wiedereröffnung des Suezkanals und die Verlängerung sine die der Waffenruhe erlauben würde, sei nicht ausgeschlossen. Es scheint mir, dass die Angelegenheit vor allem von Washington und Moskau abhängt und dass diese beiden

./.

- 10 -

Kapitalen, wenn sie sich auf eine Kompromissformel einigen, auch in der Lage sind, diese durchzusetzen. Aber dies ist nur ein Eindruck.

Um diesen Teil meiner Analyse zusammenzufassen, scheint es mir, dass Anlass zu Hoffnung in bezug auf Vietnam und auch hinsichtlich des Mittleren Ostens besteht. Aber diese möglich Beruhigung, die man so sehr gewünscht hat, wäre nicht die Frucht einer Entspannung zwischen Amerika und Russland, einer Versöhnung in ihren Meinungsverschiedenheiten; sie würde im Gegenteil von der Entstehung eines anderen Konfliktherdes auf dem Subkontinent und der Entwicklung der triangulären Gegensätze zwischen den Supermächten herühren.

Anders ausgedrückt, sehe ich in meinem Zukunftsbild gewisse Fronten verstummen, gewisse Gegensätzlichkeiten ihre Bedeutung und Virulenz verlieren, während andere die Neigung zeigen, in den Vordergrund zu treten. Es scheint mir, dass Geographie und Politik dahin tendieren, dass die zukünftigen Konfrontationen hauptsächlich in Asien, an den Ufern des Pazifischen und des Indischen Ozeans stattfinden werden.

Europa befindet sich völlig abseits des asiatischen Sektors und hat keinen Einfluss auf seine Weiterentwicklung.

II. Uebersicht über die gegenwärtige Weltlage

So weit die grossen Strömungen der Entwicklung auf längere Sicht. Ich möchte nun auf die gegenwärtige Lage und die jüngsten Vorgänge zu sprechen kommen. Man wird zustimmen, dass die Ereignisse der letzten Monate nicht besonders bedeutsam waren.

In der Sowjetunion scheint der 24. Kongress der kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht viel neue Elemente gebracht zu haben. In dieser Beziehung interessiert mich allerdings Ihr Urteil sehr, denn Sie kennen die Sowjetunion und ihre Probleme viel

./.

- 11 -

besser als wir.

Was mich betrifft, so kann ich Ihnen nur sagen, was für mich am auffallendsten war. Da ist z.B. die Aussage von Herrn Breschnjev, der betont, dass "die Stärkung der internationalen Stellung der DDR für die Stabilität der Lage in Europa von höchster Bedeutung ist". Gleiches gilt inbezug auf das Exposé von Herrn Gromyko, worin er auf den bestehenden engen Zusammenhang zwischen der Ratifikation der Abkommen, welche die BRD mit der Sowjetunion und mit Polen abgeschlossen hat - einerseits - und den Berlin-Verhandlungen sowie der Sicherheitskonferenz - andererseits - hinweist.

Alles hängt davon ab, wie diese Aeusserungen zu interpretieren sind. Aber auf den ersten Blick scheinen sie der Haltung der Atlantikmächte, die eine Berlinlösung als Vorbedingung betrachten, fundamental entgegengesetzt zu sein.

Ist dies tatsächlich der Fall, kann man sich nur schwer vorstellen, wie eine gemeinsame Ausgangsposition für die fruchtbare Vorbereitung der Konferenz geschaffen werden könnte. Denn unseres Wissens zeitigen die Berlingespräche kaum Fortschritte und trotz der optimistischen Erklärungen, die von einigen Journalisten aufgegriffen werden, scheint sich die Situation in keiner Weise zu ändern.

In Osteuropa sind im allgemeinen keine greifbaren Entwicklungen wahrzunehmen - ausser in Polen. Hier scheint die Regierung Gierek eine gewisse Liberalisierung zulassen zu können, ohne deshalb Moskaus Vertrauen zu verlieren, was als ermutigender Faktor bezeichnet werden darf.

Westeuropa wurde zu Beginn des Monats von einer schweren Währungskrise erschüttert, die uns, wie Ihnen bekannt ist, gegen unseren Willen zu einer Aufwertung unserer Währung nötigte. Es ist sehr schwierig, die Rückwirkungen dieser Krise auf die Sechser-Gemeinschaft abzuschätzen. Zwischen Deutschland und Frankreich hat sie zwar eine gewisse Spannung hervorgerufen, aber es ist wahrscheinlich, dass sie sich auf einen allfälligen Beitritt Gross-

./.

- 12 -

britanniens zur Gemeinschaft günstig auswirken wird. Die Zusammenkunft von Heath und Pompidou am Ende dieser Woche wird zweifellos für die Beurteilung dieser Frage aufschlussreich sein.

USA-UdSSR: Für die zwei Supermächte scheint sich in bezug auf die Aufrüstung die Stunde der Wahrheit zu nähern. Einem von Herrn Laird der Zeitschrift "US News and World Report" kürzlich gewährten Interview ist zu entnehmen, dass die USA ein grosses Nuklearwaffen-Programm in Angriff zu nehmen gedenken, falls im Rahmen der SALT nicht beträchtliche Fortschritte erzielt werden. Die USA sind auf alle Fälle sehr beunruhigt in Anbetracht des auf jedem Gebiet feststellbaren Ausbaus der militärischen Stärke der Sowjetunion. Nach einem erneuten Hinweis auf die grosse Bedeutung der sowjetischen Präsenz im Mittelmeerraum zeigt sich Herr Laird alarmiert über das Vordringen der Sowjets in den indischen Ozean. Obwohl diese Aussagen offensichtlich dazu bestimmt sind, die Unterhändler der SALT (und ebenso den Kongress der Vereinigten Staaten) zu beeinflussen, denkt man unweigerlich, dass die Aufrüstung mit neuer Intensität aufgenommen werden wird, wenn die SALT nicht bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Es ist klar, dass damit kaum ein ermutigendes Klima für eine Sicherheitskonferenz geschaffen würde.

Mittelmeerraum: Die weitere Entwicklung der Verhandlungen Jarrings und Rogers wird sicher einen grossen Einfluss auf die Lage im Mittelmeerraum haben. Es scheint allerdings, dass die Sowjetunion in diesem Gebiet mit jedem Tag stärker Fuss fasst, und dass die gegenwärtig zwischen Frankreich und Algerien bestehende Spannung dazu beitragen könnte, die Aktionsmöglichkeiten der sowjetischen Flotte im Mittelmeerraum noch zu vergrössern.

III. Sicherheitskonferenz

1. Die gegenwärtige Weltlage weist, wie man leider anerkennen muss, nicht sehr viele ermutigende Züge auf.

./.

In der jüngsten Entwicklung sind sich die Protagonisten in ihren Auffassungen über die Sicherheitskonferenz nicht besonders näher gekommen. Ich habe anfangs in meinen Ueberlegungen zur langfristigen Entwicklung darauf hingewiesen, dass sich sehr wahrscheinlich der Schwerpunkt des Weltgeschehens vom atlantischen zum pazifischen Ozean verlagern wird. Sollte dies tatsächlich zutreffen, so liegt der Gedanke nahe, dass die Supermächte die Frage der Sicherheitskonferenz nicht für sich und um ihrer selbst willen, sondern vor allem im Lichte der Auswirkungen der Mächtekonstellation in Asien weiterverfolgen werden. Es sei denn, unser Kontinent sei willens und fähig, sich so weit zu integrieren, um politisch denselben Einfluss zu erlangen, wie er ihn auf wirtschaftlichem, kulturellem und historischem Gebiet besitzt. Dies ist aber heute noch nicht der Fall.

Aber trotz der wahrscheinlichen Verlagerung des Zentrums des Weltinteresses, oder vielleicht gerade deswegen, bleibt die Verwirklichung der Konferenz ein wichtiges Anliegen der Sowjetunion. Moskaus Interesse ist es, den Status quo in Europa zu legalisieren und auf diese Weise die sowjetische Westgrenze zu konsolidieren, um damit seine Bewegungsfreiheit im Süden und im Osten des Reiches zu vergrössern. Ob es sich dabei um ein ursprüngliches oder um ein abgeleitetes Interesse handelt, ändert für unsere Beurteilung der Lage nicht viel.

Inbezug auf die Vereinigten Staaten ist die Lage vielleicht etwas undurchsichtiger; auch sie könnten daran interessiert sein, ihre Verpflichtungen in Europa zu vermindern, um mehr Mittel im Osten zur Verfügung zu haben, und dies ohne die Investitionen im eigenen Land reduzieren zu müssen.

Meines Erachtens kann Europa je länger desto weniger seine Hoffnung auf einen "Deus ex machina" setzen, sondern wird im Gegenteil immer mehr auf seine eigenen Kräfte sich verlassen müssen. Das Heil kann nicht von aussen kommen, sondern nur von den Europäern selbst.

./.

2. Was können wir unter diesen Umständen zur Förderung der Sicherheit unseres Kontinentes tun?

Was die Vorbereitungsphase anbelangt, ist mir nicht recht klar, wie der Uebergang von bilateralen zu multilateralen Gesprächen beschleunigt werden könnte. Die NATO-Mächte haben eine Vorbedingung gestellt, nämlich die Berlin-Regelung. Die Neutralen haben sich zur Frage, ob diese Vorbedingung begründet ist, nicht zu äussern; sie können davon nur Kenntnis nehmen. Solange die Bedingung nicht aufgehoben wird, kann die Vorbereitung auf multilateraler Ebene nicht beginnen.

Für die Schweiz haben multilaterale Vorbereitungsgespräche natürlich nur einen Wert, wenn sich alle Mitgliedstaaten der zukünftigen Konferenz daran beteiligen. Denn ein nur teilweiser Multilateralismus hätte keinen Sinn.

Unter diesen Umständen können wir nichts besseres tun, als die Situation zu überprüfen als ob die Hindernisse beseitigt wären, die vorderhand multilaterale Vorbereitungsgespräche verunmöglichen. Der gegenwärtige Engpass hängt nicht von uns ab, sondern von den direkt beteiligten Staaten.

3. Wir sind daher nicht der Ansicht, dass die multilaterale Vorbereitung der Konferenz vor Aufhebung des Berlin-Vorbehaltes in Angriff genommen werden kann. Ich glaube, dass der Standpunkt Finnlands inbezug auf diesen Punkt dem unsrigen nahe ist.

Aber Ihr Memorandum vom 24. November 1970 schlägt ein Verfahren vor, das zwischen Multilateralismus und Bilateralismus liegt. Hier sind wir über den Augenblick, in welchem dieses Verfahren angewandt werden könnte, nicht im klaren. Könnten, nach Ihrer Auffassung, die vorgesehenen Gespräche zwischen dem finnischen Aussenminister und den europäischen, amerikanischen und kanadischen Botschaftern vor oder nach Aufhebung des Berlin-Vorbehaltes begonnen werden?

Wir haben Ihren Vorschlag als Initiative verstanden, die

./.

- 15 -

den Weg zu einer Vorkonferenz öffnen oder sogar die Nachteile einer Vorkonferenz vermeiden würde. Sie könnte gemeinsame Verständigungspunkte und Elemente für Vorverträge herauskristallisieren, sodass im Hin und Her der Gespräche, bei welchem Ihr Ministerium der Mittelpunkt wäre, sich allmählich die Form und der Inhalt der ersten europäischen Sicherheitskonferenz abzeichnen würden. Nach unserer Ansicht könnte diese intensive diplomatische Tätigkeit erst ihre ganze Bedeutung erlangen, wenn die Gesamtheit der interessierten Staaten schon jetzt damit einverstanden wäre, an einem bestimmten Zeitpunkt zu einem Plenum zusammenzukommen. Wir haben Ihr Memorandum als einen Vorschlag aufgefasst, der auf eine verbesserte Version der Teegesellschaft bzw. des Botschaftersalons hinausläuft, aber das gleiche Ziel anstrebt, und nicht früher gestartet werden konnte.

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Minister, wenn Sie mir sagen wollten, ob diese Interpretation richtig ist, und ob sie mit Ihrer Vorstellung übereinstimmt.

4. Dies gesagt, geht aus den Gesprächen, die wir mit Herrn Botschafter Enckell zu führen das Privileg hatten, hervor, dass Finnland und die Schweiz über den Inhalt der Konferenz viele gemeinsame Ideen haben.

Sie haben zur Tagesordnung von Prag nicht Stellung nehmen wollen, um sich nicht über einen Vorschlag aussprechen zu müssen, der lediglich von einer der Parteien ausging. Sie haben ebenfalls hervorgehoben, dass trotz dem von verschiedenen Mächten, namentlich Frankreich, ausgedrückten Wunsche, während der Konferenz die Blöcke schwerlich eine von ihrer gewöhnlichen Haltung abweichende Stellung einnehmen werden. Es wird dann den Neutralen und den Blockfreien zukommen, die Neigungen zur Konfrontation zu begrenzen und als Vermittler aufzutreten.

Schliesslich hat Finnland keine besondere Doktrin inbezug auf die Verminderung der Streitkräfte. Es hofft, dass es dank seiner Neutralität den Staaten, die eine wirkliche Entspannung

./.

herbeizuführen wünschen, dienstbar sein kann.

In allen diesen Punkten teilen wir Ihre Meinung, was nichts Erstaunliches an sich hat, denn diese Vorstellungen ergeben sich aus einer streng gehandhabten Neutralitätspolitik.

Andererseits hatten wir Gelegenheit, Herrn Enckell unsere allgemeine Auffassung inbezug auf die Sicherheitskonferenz auseinanderzusetzen, und ich glaube nicht, dass es notwendig ist, darauf zurückzukommen.

5. Hingegen liegt mir daran, noch einen Aspekt unserer Konzeption hervorzuheben. Es handelt sich um eine Frage, der wir grösste Bedeutung beimessen, nämlich um die Verfahren zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten.

Einem Kleinstaat stehen kaum andere Wege zur Durchsetzung seines Rechts zur Verfügung als diejenigen, die ihm das Völkerrecht eröffnet. Infolgedessen muss er anlässlich einer internationalen Konferenz alles unternehmen, was zu einer Festigung und Stärkung des Völkerrechts beiträgt. Es genügt nicht, völkerrechtliche Grundsätze zu proklamieren, mit denen sich jedermann einverstanden erklärt, sondern es gilt, die praktischen Mittel zu schaffen, die die Anwendung dieser Grundsätze ermöglichen. Die Sicherheit ist illusorisch, wenn im Falle ihrer Bedrohung keine Verfahren zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten zur Verfügung stehen. Derartige Verfahren bieten jedoch genügende Garantien nur dann, wenn sie obligatorischen und nicht nur fakultativen Charakter haben.

Die Schweiz wird diese Auffassung vertreten in der Ueberzeugung, dass sie der Doktrin eines neutralen Staates entspricht, und dass deren Verwirklichung allen kleinen und mittleren Staaten von Nutzen sein wird, wenn diese dem Druck einer Grossmacht oder einer Koalition von Mächten ausgesetzt sind.

Ich weiss, dass leider die Begriffe der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und Vermittlung nicht von allen Teilnehmern der zukünftigen Konferenz gerne gehört werden. Die Schweiz hofft

aber gleichwohl, dass viele Staaten ihre Bemühungen unterstützen werden. Ich wäre sehr glücklich, Herr Minister, wenn Finnland in dieser Hinsicht mit uns zusammen arbeiten könnte, denn unser Standpunkt würde viel gewinnen, wenn er von allen neutralen Staaten vertreten würde.

Herr Leskinen: Wir verfolgen auch die Lage in Jugoslawien mit grosser Aufmerksamkeit. Die im Vordergrund stehenden Probleme sind sicherlich die Nachfolge Titos und die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes. Belgrad versucht, mit Peking auf Parteiebene in Kontakt zu kommen.

Herr Thalmann: Es liegt auf der Hand, dass Jugoslawien damit seine Sonderstellung und seine Unabhängigkeit sowohl zu erproben als auch zu unterstreichen versucht. Das Gleiche gilt auch für die Rumänen. Diese haben bei uns vorgeschlagen, um zugunsten engerer Beziehungen mit dem Westen zu plädieren.

Herr Bindschedler: In Jugoslawien decken sich die wirtschaftlichen und politischen Probleme (Diskrepanz zwischen den entwickelten und unterentwickelten Republiken). Die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Föderation ist unverkennbar.

Herr Leskinen: Haben Sie Schwierigkeiten mit den jugoslawischen Fremdarbeitern in der Schweiz?

Herr Bindschedler: Wir haben mit den - im übrigen sehr gewandten und sachkundigen - jugoslawischen Arbeitskräften die besten Erfahrungen gemacht.

Herr Thalmann: Es mangelt uns bekanntlich an Arbeitskräften; eine interessante Lösung bestünde in der Niederlassung schweizerischer Unternehmen in Jugoslawien, wo genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Herr Leskinen: Handelsbeziehungen mit der UdSSR: Falls es zu einer Verständigung mit der EWG kommen wird, müssen wir im Verhältnis zur Sowjetunion die Meistbegünstigungsklausel vorsehen.

Herr Bindschedler: Dieses Problem wurde schon im Schosse der EFTA besprochen. Mit der EWG wird es noch schwieriger sein, zu einer Lösung zu gelangen. Rein technisch lässt sich das Problem durchaus realisieren (Ursprungszeugnisse).

Herr Leskinen: Wie lange wird die EFTA noch lebensfähig sein?

Herr Wurth: Während der Uebergangszeit wird die EFTA in ihrer bisherigen Struktur weitergeführt werden. Der Wille der EFTA-Länder (und zwar sowohl der Kandidaten als auch der Nichtkandidaten), den Freihandel unter sich aufrechtzuerhalten, wurde in Reykjavik einmal mehr bekräftigt. Die Umwandlung der heutigen EFTA in eine sogenannte "kleine EFTA" nach dem Eintritt Grossbritanniens, scheint uns Schweizern eine gute Lösung zu sein.

Herr Leskinen: An der Sicherheitskonferenz sollten, wie gesagt, alle 35 Staaten teilnehmen; darüber sind wir uns einig. Wie stellen Sie sich zu den multi-bilateralen Vorbereitungsverhandlungen? Glauben Sie, dass wir damit auf Botschafterebene schon im Herbst beginnen können?

Herr Thalmann: Die multi-bilateralen Verhandlungen scheinen mir eine "contradictio in terminis" zu sein. Wie beurteilen Sie die in diesem Zusammenhang von Schumann in Moskau vertretene Stellung Frankreichs?

Herr Leskinen: Wir wurden von Frankreich nicht direkt angesprochen. Unsere Informationen sind unvollständig. Eines scheint mir indessen klar zu sein: die hiezu notwendigen Voraussetzungen sind z.Z. nicht vorhanden.

Herr Thalmann: Wie stellen Sie sich zu unserem Vorschlag über die friedliche Regelung von Streitigkeiten? Es ist hier das erste Mal, dass wir von diesem Anliegen sprechen.

Herr Töttermann: Finnland hat sich seit Jahren für dieses Prinzip eingesetzt; wir sind hiezu grundsätzlich positiv eingestellt. Es wäre aber für uns unklug, ja sogar schädlich, wenn

- 19 -

wir schon heute zu dieser Frage Stellung nehmen würden, weil sie eigentlich schon zur Substanz der Konferenz selber gehört.

Herr Bindschedler: Wir haben volles Verständnis für Ihren Standpunkt. Wir glauben jedoch, dass sich Kleinstaaten wie wir überlegen sollten, welche konkreten und substantiellen Vorschläge sie machen können, um nicht in eine völlig passive Stellung gedrängt zu werden.

Herr Töttermann: Finnland hat eine besondere Stellung als potentiellies Gastgeberland. Unsere Aktionsfreiheit ist begrenzt.

Herr Leskinen: Wie stellen Sie sich zum deutschen Problem?

Herr Graber: Lassen Sie mich, wenn nun vom Deutschlandproblem die Rede sein soll, mit folgender lapidarer Feststellung beginnen: Neutralitätsbedingte Vorbehalte erlauben es der Schweiz nicht, an der Regelung von Fragen mitzuwirken, die ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg haben, in den mein Land nicht verwickelt war. Im Zentrum dieser Fragen steht das Deutschlandproblem.

Die Schweiz hat zwar Grund genug, die Entwicklung der Dinge mit wacher Aufmerksamkeit zu verfolgen. Als Land mitten in Europa kann es nur in seinem Interesse liegen, wenn auf unserem Kontinent die Spannung vermindert und der Ausgleich gemacht wird, d.h. ein gesicherter Friede das erstrebte Ziel aller Bemühungen ist. Hinzu kommt, dass uns mit der Bundesrepublik Deutschland intensive und mannigfaltige Beziehungen verbinden; sie bilden die Grundlage eines freundschaftlichen Verhältnisses, das keine Probleme kennt, die nicht im gemeinsamen Interesse zu lösen wären.

Im Sinne dieser Einleitung darf ich zum vorliegenden Thema folgende Bemerkungen machen:

Ein wesentliches Merkmal, welches die Veränderungen der politischen Situation in Europa seit dem letzten Weltkonflikt

./.

- 20 -

kennzeichnet, betrifft weniger die gesteckten Ziele als die Wahl der Prioritäten, die heute im Gegensatz zu früher für ihre Verwirklichung gesetzt werden. Keineswegs mehr gelten jetzt z.B. für die Bundesrepublik und für ihre Alliierten Fortschritte in der Frage der deutschen Einheit als Vorbedingung für eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses. Entspannung soll vielmehr durch eine Vielzahl von Massnahmen angestrebt werden.

Eine gesicherte europäische Friedensordnung, in der das Deutschlandproblem seine endgültige Regelung fände, gilt heute als Fernziel, welches nicht mehr im Rahmen einer einzigen Globallösung erreicht werden kann, sondern das mit der Methode der "kleinen Schritte" aufgrund zahlreicher Teillösungen anvisiert werden muss. Wir befinden uns, wie schon mit Recht gesagt worden ist, in einem "Zeitalter des Manövrieren", in einer "Aera der Verhandlungen".

Es stellt sich somit die Frage, welche Teillösungen die Länder, auf die es in erster Linie ankommt, nicht nur für erstrebenswert, sondern zugleich für durchführbar halten.

Die Regierung Brandt hat eine Reihe von Schritten unternommen, die ihr gangbar erschienen und von denen sie hoffte, dass sie an keine verschlossenen Türen führen würden. Ich erwähne die Verträge, die Bonn letztes Jahr zuerst mit Moskau, dann mit Warschau abschloss. Ich erinnere an die Begegnungen der beiden deutschen Regierungschefs in Erfurt und Kassel.

Bekanntlich sind nun die noch ausstehende Ratifikation der beiden erwähnten Vertragswerke sowie weitere Fortschritte im innerdeutschen Bereiche in einem ganz bestimmten politischen und zeitlichen Zusammenhang zu sehen. Im ersten Fall spielt die Berlinfrage die Schlüsselrolle, und im zweiten Fall soll die Frage von Pankows Aussenbeziehungen als Mittel zur Förderung eines innerdeutschen Modus vivendi nutzbar gemacht werden.

Diese verschiedenen Teilaspekte des Deutschlandproblems sind im Laufe der letzten Monate wieder zu einem höchst komplexen

./.

Ganzen zusammengewachsen, in welchem sich die Interessen der Hauptparteien in einem wenig überschaubaren Knäuel verwickeln. Als Aussenstehende können wir lediglich folgendes feststellen: Die Aussicht auf eine rasche westdeutsche Ratifikation seines Vertrags mit Bonn hat den Kreml bis heute nicht zum Einlenken auf die vorerst geforderte "befriedigende Berlinregelung" veranlassen können; und die DDR ist noch nicht auf die Aufforderung der Bundesrepublik eingegangen, durch Entgegenkommen im gegenseitigen Verhältnis seine Stellung gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen zu verbessern.

Die gegenwärtige Situation macht deutlich, dass es äusserst schwierig ist, auch nur bestimmte Teilregelungen durchzusetzen. Die Zusammenhänge, die zwischen ihnen bestehen oder hergestellt werden und die immer wieder das Deutschlandproblem als Ganzes betreffen, fordern ihren Tribut. Jeder Schritt, auch wenn er noch so kurz bemessen wird und neue Wege einschlägt, ändert noch nicht die politische Landschaft, in welcher er geplant und unternommen wird. Auf diesen Zusammenhang, der nur im gesamteuropäischen und in weltweitem Rahmen gesehen werden kann, brauche ich nicht mehr zurückzukommen. In meinem Tour d'horizon war davon bereits die Rede.

Ich glaube, man wird Fragen, die wir uns zum vorliegenden Thema stellen können, vernünftigerweise darauf beschränken, welche Entwicklung in dieser Sache kurzfristig zu erwarten ist. Welches sind die sowjetischen Intentionen in den gegenwärtigen Berlingesprächen? Bedeutet die Ablösung Ulbrichts an der ostdeutschen Parteispitze durch Honecker eine Aenderung in der Haltung der DDR? Das sind die Fragen, die wir uns kurzfristig stellen. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns darüber Ihre Auffassung mitteilen würden.

Herr Leskinen: Es ist klar, dass wir nicht an eine Anerkennung denken. Unsere sozialistische Partei verlangt eine aktivere Deutschlandpolitik, ohne jedoch die Anerkennung der DDR zu fordern. Im heutigen Zeitpunkt bleibt nichts anderes übrig, als

./.

- 22 -

die Regelung der Berlin-Frage und die Ratifikation der beiden Verträge abzuwarten. Dagegen glaube ich, dass die DDR Eingang in die technischen Organisationen finden und an einer Konferenz über Umweltschutz teilnehmen sollte.

Herr Graber: Liegt es wirklich im Interesse einer günstigen Entwicklung, wenn man der DDR ohne Gegenleistung ihrerseits in spektakulärer Weise nachgeben würde?

Herr Thalmann und würde nicht damit auch die Ostpolitik Brandts gefährdet oder wenigstens gestört? Es ist vielleicht unerfreulich und unlogisch, dass ein Land wie die DDR - das ja Probleme des Umweltschutzes ebenfalls kennt - von einer solchen Konferenz ausgeschlossen bleibt, doch liegt es auf der Hand, dass Pankow mit dieser Taktik ausschliesslich politische Ziele verfolgt.

Herr Bindschedler: Haben alle Staaten an multilateralen Konferenzen teilzunehmen (all states Klausel)? Die Frage sollte dieses Jahr von der UNO-Generalversammlung geprüft werden. In Wien ist man zum Schlusse gekommen, dieses Recht nur denjenigen Staaten zuzubilligen, welche bereits Mitglied der UNO oder der Spezialorganisationen sind. Die Lösung dieses Problems hängt von der Generalversammlung der UNO als politischem Organ ab.

Herr Leskinen: Wie beurteilen Sie die Lage im Nahen Osten und im besonderen in Aegypten?

Herr Graber: Es ist sehr schwer, sich im jetzigen Zeitpunkt ein klares Bild der Situation zu machen. Offensichtlich versucht Sadat seine Macht auszubauen. Die Frage lautet, auf wen er sich dabei stützen kann: auf die Armee, auf das Volk?

Herr Leskinen: Glauben Sie, dass Sadat einerseits Verhandlungen mit Israel, andererseits die Wiedereröffnung des Suezkanals wünscht?

Herr Thalmann: Er hat Jarring erklärt, er sei bereit, eine friedliche Lösung zu finden; das ist schon ein grosser Schritt.

./.

Herr Bindschedler: Die Schaffung der Föderation mit zwei radikalen Ländern wie Lybien und Syrien könnte die Verhandlungen erschweren.

Herr Leskinen: Die Präsenz der sowjetischen Flotte im Mittelmeer hat ebenfalls ihren Einfluss. Italien und Jugoslawien sind darüber sehr besorgt.

Wann wird sich die Schweiz entschliessen, in die UNO einzutreten?

Herr Graber: Sobald das Volk sein Einverständnis geben wird. Heute würde eine Volksabstimmung zweifellos negativ ausfallen. Es ist nicht unmöglich, dass der künftige Eintritt Rotchinas einen gewissen Einfluss auf unsere öffentliche Meinung ausüben und damit unsere Aussenseiter-Situation verändern könnte.

Herr Leskinen: Wir versuchen, unseren Anteil an der Entwicklungshilfe zu vergrössern. 1979 sollte er 0,75% unseres BSP ausmachen.

Herr Graber: Wir beabsichtigen, unsere Leistungen bis 1975 zu verdoppeln und damit einen Anteil von 0,30% unseres BSP an öffentlicher Entwicklungshilfe zu erreichen. Dank dieses erhöhten öffentlichen Beitrags sollte in Zukunft (1980) das Ziel von 1% des BSP (privater und öffentlicher Leistungen) erreicht werden. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit werden unsere Leistungen im Verhältnis von 1/3 zu 2/3 für multilaterale und bilaterale Aktionen eingesetzt. Auf dem Sektor der Finanzhilfe ist vorgesehen, die Mittel je hälftig auf multilaterale und bilaterale Darlehen und Beiträge aufzuteilen.

Herr Leskinen: Bilaterale Probleme: Eine grosse Anzahl unserer zukünftigen Aerzte studieren an schweizerischen Fakultäten. Wir haben z.Z. deren 200 (40% unserer im Ausland studierenden Mediziner). Wir befürchten, dass Ihre Behörden diese Zahl reduzieren werden.

- 24 -

Herr Thalmann: Wir sind gezwungen, eine Art numerus clausus einzuführen; der Anteil der ausländischen Studenten an den medizinischen Fakultäten ist von 16-18% auf 10% herabgesetzt worden. Andererseits entspricht der curriculum der finnischen Studenten nicht immer den schweizerischen Normen. Ihre Studenten sollten auf den schweizerischen Lehrgang besser vorbereitet sein.

Herr Salomies: Ich habe gehört, dass die Schweizer Universitäten zukünftig den Studenten aus den Entwicklungsländern den Vorzug geben werden; die europäischen Studenten würden damit benachteiligt.

Herr de Tribolet: Das Problem ist nicht nur rein technischer, sondern auch politischer Natur. Mit unseren finnischen Freunden sollten wir ein wenig flexibler sein und ihnen eine gewisse Bevorzugung gewähren.

Herr Thalmann: Dieses Prinzip ist übrigens vom Wissenschaftsrat anerkannt worden: die Zahl der finnischen Medizinstudenten wird auf dem Niveau von 200 bleiben. Im Rahmen des Möglichen werden wir auch in Zukunft Ihren Studenten eine Spezialstellung einräumen.

Schluss der Sitzung: 17.40 Uhr

2. Sitzung vom 18. Mai 1971 (Beginn: 10.30h)

Herr Leskinen gibt einen Ueberblick über das gegenwärtige Verhältnis Finnlands zu seinen Nachbarn. Davon ist zurzeit grundsätzlich nur Gutes zu berichten. Ueber einige Schwierigkeiten, die es unter den skandinavischen Ländern wegen der NORDEK gab, ist viel gesprochen worden. In Wirklichkeit sind jedoch alle diese Länder für Zusammenarbeit. Immer mehr ist mit der Zeit das Integrationsproblem in den Vordergrund getreten. Dies ist eine wichtige Frage für Finnland, nicht zuletzt wegen seines Verhältnisses zur Sowjetunion. Alle wirtschaftlichen Blockbildungen werden von der UdSSR sehr kritisch verfolgt, obwohl sie selbst dem COMECON angehört. Helsinki sah sich veranlasst, für seine Zusammenarbeit in der NORDEK bestimmte Vorbehalte anzubringen.

An der letzten Zusammenkunft der skandinavischen Länder in Kopenhagen ist nun die Bildung eines Nordischen Ministerrats beschlossen worden, in den neben den Aussenministern auch die Aussenhandelsminister entsandt werden sollen. Dieser Rat wird somit, wenn er am nächsten 1. Juli seine Tätigkeit aufnehmen wird, auch Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit behandeln. Vorgeesehen ist ein Austausch von Informationen. Es besteht auch die Möglichkeit, gemeinsame Methoden in der Behandlung der Integrationsfragen zu erörtern. Dieser neue Weg könnte für die nordischen Länder bedeutsam werden. In der NORDEK gab es zuviel Oeffentlichkeit und deshalb auch Schwierigkeiten mit der Sowjetunion. Das Verhältnis zu Moskau verlangt Fingerspitzengefühl. Helsinki handelt nicht untersowjetischem Druck, muss aber jeweils die sowjetische Reaktion voraussehen und im vorneherein danach handeln.

Unter den skandinavischen Staaten bestehen enge und mannigfaltige Beziehungen auf allen Ebenen und in vielen Bereichen (Wirtschaft, Verteidigung, Aussenpolitik). Nichts deutet darauf, dass die Zukunft Schwierigkeiten bringen könnte, die keine Lösung fänden.

- 26 -

Natürlich ergeben sich immer wieder gewisse Fragen, die sich zum Beispiel aus der Tatsache ergeben, dass Dänemark und Norwegen der NATO angehören.

Die Beziehungen mit der Sowjetunion haben sich im Laufe der Jahre gut entwickelt. In den 40er und 50er Jahren herrschte zwischen den beiden Ländern ein Klima des Misstrauens; es war schwierig, auch über die kleinsten Dinge zu sprechen. Der Vertrag von 1948 als Grundlage der finnisch-sowjetischen Beziehungen und die Entwicklung dieser Beziehungen in der Zeit nach Stalin/Molotow haben schliesslich zu einer allmählichen Klimaverbesserung geführt. Es ist dies ein Verdienst namentlich der beiden Präsidenten Paasikivi und Kekkonen. Heute gibt es zwischen Finnland und der UdSSR keine Probleme, die nicht durch Diskussionen gelöst werden könnten. So war zum Beispiel noch im Juni 1970, als Präsident Kekkonen in der UdSSR weilte, eine lange Diskussion über Neutralität vonnöten. Heute braucht es darüber keine Auseinandersetzungen mehr. Der Kreml hat den Wert der Neutralität erkannt.

Die Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion sind somit heute viel besser als vor 25 Jahren. Es bestehen insbesondere gute Handelsbeziehungen. Allerdings wird der sowjetische Markt für Finnland immer schwieriger, Länder wie die Bundesrepublik, Frankreich und Grossbritannien sind grosse Konkurrenten geworden. Dies stellt an Finnland grosse Anforderungen und ist zugleich ein Ansporn zu besseren Leistungen.

Herr Graber dankt für diese Ausführungen über Finnlands Beziehungen zu seinen Nachbarn. Die Art, wie Finnland sein Verhältnis zur UdSSR gestaltet, ist eine Leistung, die unsere Bewunderung verdient.

Herr Thalmann und Herr Wurth erkundigen sich über die Haltung Schwedens gegenüber dem Integrationsproblem, wie sie in finnischer Sicht gesehen wird. Die Haltung Stockholms in dieser Sache ist wichtig für die Neutralen. Besteht eine Möglichkeit, dass Schweden, das den Gedanken eines Vollbeitritts aufgegeben hat und nun eine Zollunion ins Auge fasst, seine Haltung noch ändert?

Herr Kalha: Man wird zunächst einmal den Bericht der Europäischen Kommissionen abwarten müssen. Wir nehmen an, dass Schweden seine Haltung noch ändern wird. Dies ist jedenfalls der Eindruck, den wir bis heute gewonnen haben. Wichtig sind die innenpolitischen Beweggründe der Haltung der schwedischen Regierung, die unter Druck handelt. Ihr geht es deshalb darum, offiziell so viel als möglich zu erreichen zu versuchen, um sich dann, wenn sich dies als unmöglich erweist, vor der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Herr Bindschedler weist auf die Notwendigkeit hin, das bestehende humanitäre Völkerrecht zu ergänzen, damit der Entwicklung in der Kriegsführung (z.B. Guerilla) seit 1949 namentlich im Interesse der Zivilbevölkerung Rechnung getragen wird. Wenn die demnächst tagende Konferenz von Regierungsexperten ein Erfolg wird, so wird die Schweiz für 1972, eventuell für 1973 nach dem Vorbild von 1949 in Genf eine diplomatische Konferenz einberufen. Die Schweiz ist an einer engen Zusammenarbeit mit Finnland, das auch an der Konferenz der Regierungsexperten vertreten sein wird, sehr interessiert.

Auch die Vereinten Nationen beschäftigen sich mit der gleichen Frage. Es sollten jedoch Doppelspurigkeiten vermieden werden. Wegen seiner Unabhängigkeit sollte dem IKRK in dieser Sache der Vorrang gegeben werden. Die UNO ist hierfür wegen ihres politischen Charakters weniger geeignet.

Herr Hyvärinen: Finnland wird an der Konferenz für Regierungsexperten vertreten sein und tritt zugunsten einer diplomatischen Konferenz ein.

Herr Bindschedler greift das Thema der Kodifikation des Völkerrechts auf und kommt auf die Tatsache zu sprechen, dass im Falle der Spezialmissionen die 6. Kommission der UNO-Generalversammlung damit befasst worden ist und nicht wie in früheren Fällen (z.B. Seerecht; diplomatisches und konsularisches Recht) eine eigens dafür einberufene Konferenz. Die Schweiz konnte zwar

an den erwähnten Arbeiten der 6. Kommission ohne Stimmrecht teilnehmen; es wurde ihr jedoch auch erklärt, diese Teilnahme bedeute keinen Präzedenzfall. Es ist deshalb keineswegs sicher, dass die Schweiz, sollte die Kodifikationsarbeit in Zukunft der UNO-Generalversammlung überlassen bleiben, daran teilzunehmen in der Lage sein wird, weil sich dabei u.a. das Deutschlandproblem stellt. Wir sind deshalb an einer Rückkehr zum frühern Vorgehen (Spezialkonferenzen) sehr interessiert und würden in dieser Frage gerne auf das Verständnis und die Unterstützung Finnlands zählen.

Eine andere Frage betrifft die künftige Rolle des Internationalen Gerichtshofes. Die internationale Gerichtsbarkeit ist ein traditionelles Anliegen der Schweiz. In Bern sind wir daran, den Fragebogen des Generalsekretärs auszufüllen. Wir nehmen nicht an, dass sich in diesem Zusammenhang für die Schweiz Schwierigkeiten ergeben werden. Sollte dies jedoch der Fall sein, so wären wir dankbar, wenn wir mit der Unterstützung Finnlands rechnen könnten.

Herr Tötterman: Wir nehmen die schweizerischen Anliegen gerne zur Kenntnis. Was insbesondere die erwähnten Spezialkonferenzen betrifft, so hat Finnland damit gute Erfahrungen gemacht. Die Schweiz hat jeweils eine leitende Rolle gespielt. Auch Finnland hat grundsätzlich ein Interesse daran, dass zur alten bewährten Methode zurückgekehrt wird.

Es folgen Dankes- und Abschiedsworte.

Ende der Sitzung: 11.25 Uhr